

Der Landbote

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG



Wakeboarden auf Fabrikweiher

Die 2018 eröffnete Anlage in Kefikon ist beliebt und soll grösser werden.

9

Bevölkerung soll Nester melden

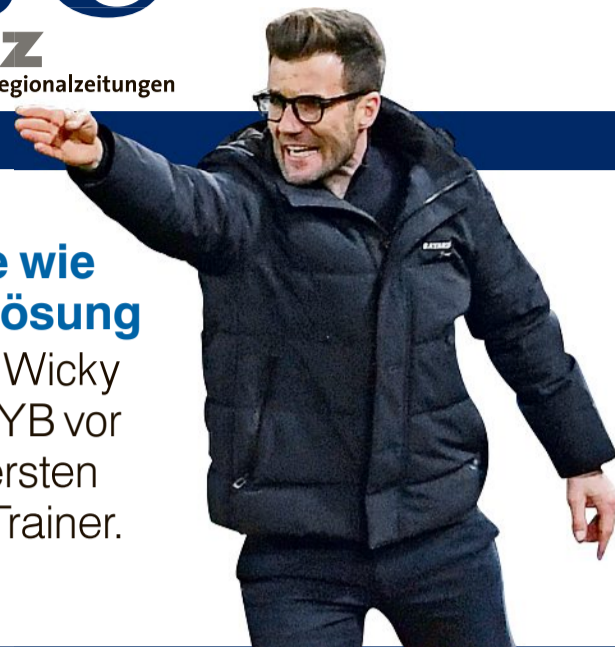
So können Sie Schwalben und Segler beim Nisten schützen.

3

Es wäre wie eine Erlösung

Raphael Wicky steht mit YB vor seinem ersten Titel als Trainer.

27



Drei legale Biketrails im Winterthurer Wald geplant

Mountainbiken Die Stadt will die drei inoffiziellen Strecken beim Reitplatz in Töss legalisieren. Angestossen hat dies eine lokale Bikegemeinschaft, die nun politischen Rückenwind erhält. Es soll weitere Strecken geben.

Valérie Jost

Wer im Wald Mountainbike fährt, bewegt sich in einer rechtlichen Grauzone. Welche Wege erlaubt sind, ist nicht immer klar. Das Problem betrifft immer mehr Menschen: Der Sport ist inzwischen beliebter als Fussball.

Klar ist dagegen, dass man ohne Bewilligung keine Wege bauen darf. Die Bikecommunity legt aber oft selbst Hand an, wenn es keine offiziellen Biketrails gibt – so auch in Winterthur. Beim Reitplatz in Töss gibt es drei Strecken im Wald, die so entstanden sind. Die Interessen-

gemeinschaft Biketrails Winterthur sowie das Stadtparlament setzen sich nun für eine legale Lösung ein. Möglich ist dies dank einem Gestaltungsplan für das Areal, der Biketrails explizit vorsieht.

Laut dem Sportamt sollen hier nächstes Jahr drei legale

Trails gebaut und eröffnet werden. Dafür werden auch Teile der heutigen, inoffiziellen Strecken genutzt. Die anderen Abschnitte, welche Schutzbestimmungen verletzen, werden wieder der Natur überlassen.

Gleichzeitig heisst es sowohl seitens der IG Biketrails Winter-

thur als auch der Parlamentarier, die drei geplanten Strecken seien nicht genug. Es solle auf dem ganzen Stadtgebiet Trails geben. Helfen dürfte eine kantonale Wegleitung, die Städte und Gemeinden im Bewilligungsverfahren unterstützen soll. Sie soll dieses Jahr vorliegen. **Seite 5**

Die «Höllenfahrt» endete mit Unfall

Gericht Weil seine Freundin ihn verlassen hatte, blockte ein damals 28-jähriger gefrustet mit 200 km/h über die A1. Die gemütlichen Sonntagsfahrer überholte er links, rechts und via Pannenstreifen. Ein abruptes Ende nahm seine Turbofahrt bei der Raststätte Kempththal, als er zwischen die Leitplanke und ein anderes Auto geriet. Vor Gericht zeigte sich der Mann fünf Jahre später reuevoll und geständig. Die «Höllenfahrt», wie sie der Gerichtspräsident nannte, brachte dem Raser eine Haftstrafe von vier Jahren ein. Integriert im Urteil ist allerdings ein weiteres Delikt: eine Ohrfeige mit schrecklichen Folgen. (tac) **Seite 8**

Wie CS-Kunden Konten räumten
Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden über 61 Milliarden Franken abgezogen. **Seite 19**

Wagenknecht soll Russland helfen
Der Kreml möchte die Unterstützung für die Ukraine in Deutschland unterminieren. **Seite 17**

Geiz ist nicht mehr so geil
Noch immer werden in Bangladesh billige Kleider genäht. Doch es tut sich was. **Seite 21**

Wetter

7° 10°
Wechselnd bewölkt, teils kräftiger Regen.

Seite 14

Weltpolitik zum Ausprobieren: Mittelschulen simulieren Klimakonferenz



Winterthur Über hundert Gymnasiasten und Lernende stellten einen internationalen Klimagipfel nach – und stiessen dabei auf einige Schwierigkeiten. «So erfahren sie am eigenen Leib, wie komplex der Klimawandel und die Politik auf internationaler Ebene sind», sagt Lehrerin Nadine Trindler. (red) **Seite 3** Foto: Enzo Lopardo

SVP in Gastrofrage gespalten

Andelfingen Die SVP Andelfingen will nicht, dass die Gemeinde Gastrobetriebe finanziell unterstützt. Aktuell geht es vor allem um das Pöschtl in Adlikon. Die Dorfbeiz muss dringend saniert werden. Die SVP-Sektion von Adlikon ist entsprechend anderer Meinung als die Andelfinger Ortspartei. Es ist nicht das erste Mal, dass sich die zwei SVP-Parteien uneins sind. (mab) **Seite 8**

Antenne an der Thur bewilligt

Altikon Die Behörden haben eine erste Mobilfunkanlage auf dem Gemeindegebiet von Altikon bewilligt. Die Swisscom will diese bei der Abwasserreinigungsanlage an der Thur installieren. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass sie dort nicht so exponiert ist. Ein weiteres Gesuch in Dorfnähe lehnt er jedoch ab. (red) **Seite 9**

Eklat bei DV des Gastroverbandes

Zürich Gestern wurde an der Delegiertenversammlung des Zürcher Gastroverbandes der ehemalige Präsident, Karl E. Schroeder, von der Bühne gebuhrt. In seiner Amtszeit sollen Kaderleute über 440'000 Franken «ohne geschäftsmässige Begründung» für Weine, Zigarren und anderes ausgegeben haben. (red) **Seite 11**



Der Landbote Technoparkstrasse 5, 8401 Winterthur
Abo-Service 044 404 64 88, contact.landbote.ch
Inserate 044 248 40 30, inserate@landbote.ch



Redaktion 052 266 99 00, redaktion@landbote.ch
Leserbriefe leserbriefe@landbote.ch
Lesen Sie uns auch in der App oder auf der Website landbote.ch

TV/Radio 12 Anzeigen
Agenda 13 Traueranzeigen 24
Sport 26 Eulach-/Fahrzeugmarkt 4

Der UNO-Klimagipfel in der Schulaula

Schulprojekt Letzten Freitag simulierten Klassen aus drei Mittelschulen eine UNO-Klimakonferenz. Ein Tag voller hitziger Debatten und schwieriger Kompromisse.

Fanny Hallauer

Eine Abgeordnete wirft ihre Hände. «Wir haben in Indien doch ganz andere Sorgen! Da können wir nicht schnell, schnell den ÖV ausbauen!», ruft sie und tuschelt genervt mit ihrer Sitznachbarin.

Die indische Delegation ist unzufrieden. Sie ist eben zusammengekommen, um die internationalen Klimaschutzforderungen zu besprechen. Eine davon verlangt, 1 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts in den öffentlichen Verkehr zu investieren. Dies kommt bei den indischen Gesandten gar nicht gut an.

Die Gesandten sind eigentlich Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Büelrain. Mit fünf anderen Klassen der Berufsmaturitätsschule Winterthur und der Kantonsschule Im Lee simulierten sie am vergangenen Freitag eine internationale Klimakonferenz. Dabei repräsentierte jede Klasse ein Land: Neben Indien sind die USA, die EU, Äthiopien, China und Russland vertreten.

Länder haben ungleiche Interessen

Seit acht Uhr morgens debattieren nun 124 Lernende in der Aula der BMS über CO₂-Ausstoss und Erderwärmung. Ihr Tagesziel: ein Papier mit konkreten Massnahmen zum Klimaschutz verabschieden. Die simulierte Klimakonferenz findet im Rahmen des Projekts «TransScolar» statt, das vom Innovationsfonds des Kantons Zürich unterstützt wird. In sechs Themenausschüssen, zum Beispiel «Verkehr und Wohnen» oder «Industrie und Dienstleistung», ringen die Abgeordneten um Geld und Formulierungen. «Am Schluss sollen wir fünfzehn Massnahmen treffen, mit denen alle beteiligten Länder einverstanden sein müssen», erklärt Nora Thoma, eine der Delegierten aus Indien. Sich einigen – dass das nicht einfach ist, merken die Lernenden



124 Schülerinnen und Schüler suchten in der Aula der Berufsmaturitätsschule den Weg zum Klimaabkommen. Foto: Enzo Lopardo

«Ich verstehe nun, warum es in der Politik so langsam vorwärtsgeht.»

Simone Berset
Schülerin der Kantonsschule Im Lee

schnell. Denn die Interessen der einzelnen Länder liegen weit auseinander: «Wir stehen an einem ganz anderen Punkt als die übrigen Länder. Unser Hauptanliegen ist es, die hungernde Bevölkerung zu ernähren», sagt Simone Berset, Abgeordnete von Äthiopien. Das Land leidet unter Klimafolgen wie Dürren und Ernteausfällen. «Um diese zu bekämpfen, fehlt es in Äthiopien an finanziellen Mitteln.» Berset argumentiert mit Leidenschaft und spricht mit starker Stimme. Trotzdem geben sich die anderen Länder knaus-

rig und fordern Geld für eigene Anliegen.

«Mit dem Projekt erfahren die Lernenden am eigenen Leib, wie komplex der Klimawandel und die Politik auf internationaler Ebene sind», erklärt Nadine Trindler. Sie unterrichtet am Büelrain Wirtschaft und Recht. «Denn wir fragen uns oft: Wieso geht das mit dem Klimaschutz nicht vorwärts?» Die aktuellen Probleme sind zwar global und erfordern globale Lösungen, einen Konsens zu finden, gestaltet sich jedoch schwierig. «Abgesehen

davon lernen die Schülerinnen und Schüler, wie man debattiert, einander zuhört und gemeinsam Lösungen sucht.» Trindler hat die Lernenden sehr positiv erlebt und war überrascht von deren Engagement: «Die Zeitfenster, in denen die Länder miteinander diskutieren und verhandeln, waren meistens zu kurz.»

Ressentiments schwingen mit

Inzwischen scheint eine Einigung im Themenausschuss «Verkehr und Wohnen» in Sicht:

Indien lenkt ein. Es wird 1 Prozent des BIP in den Ausbau des ÖV investieren – unter der Bedingung, dass die Hälfte der Investitionen aus dem Ausland kommen. Die Verhandlung geht aber nicht ohne Seitenhiebe gegen EU und USA: «Die sollen erst mal Schadenersatz zahlen für das, was sie in der Kolonialzeit angerichtet haben!», mault eine frustrierte indische Abgesandte. Ein Raunen geht durchs Klassenzimmer. Wie in realen Verhandlungen scheinen auch hier Ressentiments die Lösungsfindung zu erschweren.

Ähnlich geht es in der Kommissionsitzung «Industrie und Dienstleistung» zu und her. Obwohl es um den Ausbau der erneuerbaren Energien geht, greifen die USA die russischen Abgesandten wiederholt und lautstark wegen des Ukraine-Krieges an. Die chinesische Delegation bringt die Streithähne zur Raison: «Darum geht es nun wirklich nicht!» Die Schülerinnen und Schüler schmunzeln kurz, bevor sie weiter an den Formulierungen des Resolutionstextes tüfteln. Denn jedes Wörtchen zählt: So stimmt China der Resolution schliesslich nur zu, wenn an einer Stelle «oder» anstatt «und» steht.

Am späten Nachmittag steht dann der Resolutionstext. Die Abgeordneten verpflichten sich, sämtliche Massnahmen umzusetzen, und die Staaten unterzeichnen den Bericht. Was nehmen die Lernenden nach dem langen Verhandlungstag mit? Simone Berset sagt: «Ich verstehe nun, warum es in der Politik so langsam vorwärtsgeht.» Beim Klimawandel sei dies aber ein Problem: «Die politischen Massnahmen kommen zu langsam, obwohl es eigentlich schnell gehen muss.» Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich beim abschliessenden Stimmungsbild auch negative Begriffe wie «Zukunftsangst» und «Frustration» finden.

Die Ornithologen sind wieder auf der Pirsch

Vogelbeobachtung Um junge Schwalben und Segler zu schützen, erstellen Vogelbeobachter eine Übersicht der Nistplätze – und hoffen dabei auf die Unterstützung der Bevölkerung.

Wer den Blick nach oben richtet, kann seit einigen Wochen wieder Schwalben und Segler am Himmel entdecken. Die Zugvögel sind Ende März und im April aus dem Süden zurückgekehrt, wo sie den europäischen Winter verbracht haben. Zwischen Mai und September werden sie nun in Winterthur brüten und ihren Nachwuchs grossziehen.

Als sogenannte Gebäudebrüter bauen Rauch- und Mehlschwalben sowie Mauer- und Alpensegler ihre Nester gerne an Hauswänden, unter Dachvorsprüngen und in Gemäuern. Sanierungen und Bauarbeiten können die brütenden Vögel stören oder gar deren Nester zerstören. Oft geschieht dies unwissentlich, da die Nistplätze den Bauherren und den Behörden nicht bekannt sind. Schwalben und Segler gehören in der Schweiz zu den potenziell gefährdeten Vogelarten.

Sie, wie auch ihre Nester, sind als Naturschutzobjekte gesetzlich geschützt: Während der Brutzeit – ab Bau des Nestes bis zum Verlassen des Sommerlebensraums – gilt ein absoluter Schutz.

Karte soll Vögel schützen

Um diesen Schutz zu gewährleisten, erstellt die externe Firma Orniplan im Auftrag von Stadtgrün eine Übersicht der verschiedenen Nistplätze in Winterthur. Vogelbeobachterinnen und -beobachter der Natur- und Vogelschutzvereine Wülflingen-Veltheim und Winterthur-Seen überprüfen und inventarisieren die Nester. Daraus entsteht eine Karte, an der sich Bauherren bei ihrer Planung orientieren können.

Um eine möglichst detaillierte Karte erstellen zu können, hofft die Stadt auf die Mithilfe der Bewohnerinnen und Bewohner. Wer davon Kenntnis hat,



Dieses Mehlschwalbenpaar hat unter einem Hausdach ein Nest gebaut – und bringt sich damit vielleicht in Gefahr. Foto: Adrian Benko

dass in oder an einem Gebäude Schwalben oder Segler brüten, wird gebeten, dies per E-Mail an info@orniplan.ch zu melden.

Muriel Blum

Eine Karte dazu finden Sie auf <https://stadtplan.winterthur.ch>

Acht Anzeigen nach GC-Fan-Krawallen

Sicherheit Nach dem Fussballerby zwischen dem FC Winterthur und dem Grasshoppers Club Zürich war es am Samstagabend zu Scharmützeln zwischen der Stadtpolizei und den Gästefans gekommen. Was die Situation eskalieren liess, dazu gibt es je nach Perspektive unterschiedliche Versionen.

Gegenüber dem «Blick» moierte ein GC-Anhänger, die Stadtpolizei habe die Menge vorschnell mit Tränengas aufgeschreckt, als sich einzelne Fans an den Schutzzaun gelehnt hätten. Die Stadtpolizei habe hingegen Vermummte gezielt die Provokation gesucht und probiert, auf Höhe Schützenstrasse/Neuwiesenstrasse, die Zäune zu überwinden, um zu den Heimfans vorzudringen. Es seien «faustgrosse Steine» geflogen. Die Stadtpolizei feuerte mit Gummischrot zurück. Hinweise auf Verletzte gibt es laut Polizei bisher keine.

Auf dem Weg zum Hauptbahnhof beschädigte der GC-Pulk offenbar eine Baumaschine,

Bauabschränkungen und Velos. Bei der Personenunterführung im Hauptbahnhof eskalierte die Situation dann weiter. Ein Video auf Instagram zeigt, wie die Beamten vor dem Aufgang zum Extragang den Korridor einnebeln und Passanten mit dem Megafon warnen und anweisen.

Sachschaden kann noch nicht beziffert werden

Nach den Krawallen hatte sich in der Unterführung ein feiner weisser Film über Boden und Wände gelegt. Laut Stadtpolizei waren es Überreste von Schaum von Feuerlöschern aus dem Zug, mit denen Fans herumgewütet hatten.

Den Sachschaden könne man noch nicht beziffern, meint die Stapo auf Nachfrage. Acht Anzeigen seien eingegangen. Unter anderem wegen Sachbeschädigung. Aber auch wegen Landfriedensbruch sowie Gewalt und Drohung gegen Beamte. Beides sind Offizialdelikte, weswegen nun die Staatsanwaltschaft aktiv wird. (hit)